

| | | | |
|---------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------|----------|
| Protokoll: | Ausschuss für Umwelt und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart | Niederschrift Nr. | 131 |
| | | TOP: | 11 |
| Verhandlung | | Drucksache: | 282/2016 |
| | | GZ: | StU |
| Sitzungstermin: | 28.03.2017 | | |
| Sitzungsart: | öffentlich | | |
| Vorsitz: | BM Pätzold | | |
| Berichterstattung: | der Vorsitzende, Herr Dr. Oediger (ASS) | | |
| Protokollführung: | Frau Westhaus-Gloël / de | | |
| Betreff: | Stadtentwicklungspauschale (Step) Sachstandsbericht und Handlungsempfehlungen | | |

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Städtebau und Umwelt vom 14.03.2017, GR Drs 282/2016. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt in Ausschnitten gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei ist sie in Papierform angehängt.

StRin Munk (90/GRÜNE) macht deutlich, dass ihre Fraktion die in der Mitteilungsvorlage angesprochenen Veränderungen kritisch sieht. Es sei wohl beabsichtigt, dass zukünftig im Rahmen der Stadtentwicklungspauschale (Step) nur noch zwei Projekte pro Stadtbezirk und Doppelhaushalt durchgeführt werden. Damit würden eher größere Projekte angegangen und weniger kleine Einzelprojekte, für die die Step ursprünglich vorgesehen gewesen sei. Ihre Fraktion halte es für sinnvoll, den Bezirksbeiräten den bisherigen Handlungsspielraum zu erhalten. Diese sollten selbst entscheiden können, ob sie lieber ein größeres Projekt oder mehrere kleine Projekte haben wollten. Ihrer Fraktion erscheine es auch sinnvoll, den Bereich der Step auszudehnen auf die Kernbereiche von einigen Außenstadtbezirken. Die unzureichende Personalausstattung in den betroffenen Ämtern für die Maßnahmen der Step, auf die in der Vorlage hingewiesen werde, gelte es abzuwägen.

Von StR Körner (SPD) kommt eine "positive Rückmeldung zu dem Programm", mit dem ganz konkrete wertvolle Verbesserungen für das Wohnumfeld in den Innenstadtbezirken und in Bad Cannstatt erreicht werden könnten. Die „nicht sehr zeitnahe Umsetzung“ sei "zum Teil erschreckend“ und hänge vermutlich mit den Personalengpässen zusammen. Dieses Problem müsse angegangen werden, weil die Bürger, die sich bei den Projekten der Step beteiligten zu Recht eine zügige Umsetzung erwarteten. Die von der Verwaltung vorgeschlagene Budgeterhöhung nehme seine Fraktion „wertschätzend zur Kenntnis“. In den Haushaltsberatungen müsse überlegt werden, was möglich sei.

StR Dr. Schertlen (STd) macht darauf aufmerksam, dass nicht nur ältere Menschen Rastpunkte benötigen, wie es in der Vorlage heiße, sondern „Menschen allgemein auch öffentliche Toiletten benötigen.“ Er hoffe, dass im Rahmen von Umgestaltungsmaßnahmen dieser Bedarf berücksichtigt werde.

BVin Kienzle (Mitte) berichtet, im Grunde sei man im Stadtbezirk sehr glücklich über die Step, nur komme eine Maßnahme zuweilen auch abhanden oder werde verschoben, weil die Verwaltung die Planungsreife als nicht gegeben ansehe oder ein Referat einer anderen Maßnahme, die der Bezirksbeirat auch begrüße, eine höhere Priorität einräume. Das Projekt zur Gestaltung des Leonhardsvorplatzes, ein Teil des Gesamtkonzepts „Revitalisierung des Leonhardsviertels“, ziehe sich schon über Jahre hin. In der Liste, die der Vorlage anhänge, sei die Maßnahme nun mit einem "Nullpunkt" versehen, der bedeute, „Projekt verschiebt sich oder muss aufgegeben werden“. Ein solches Vorgehen sei für den Stadtbezirk frustrierend. Sie wünsche sich ein anderes Verfahren und einen anderen Austausch mit der Stadtverwaltung, was die Step angehe. Ganz grundsätzlich werde diese aber positiv beurteilt. Was eine Ausdehnung der Step auf Außenstadtbezirke angehe, wolle sie auf den hohen Nutzungsdruck durch Tagespendler und Touristen in den Innenstadtbezirken aufmerksam machen.

BV Möhrle (West) bestätigt, dass die Step-Maßnahmen sehr wichtig für die Innenstadtbezirke sind. Auch mit relativ kleinen Maßnahmen könnten Verbesserungen im öffentlichen Raum erreicht werden. Mit Blick auf die von StRin Munk vorgeschlagene Ausdehnung auf weitere Stadtbezirke weist er darauf hin, dass die Step nur für die verdichteten Kernbereiche der Innenstadtbezirke und von Bad Cannstatt Anwendung findet. Auch BV Möhrle sieht ein Problem in den langen Zeiträumen bis zur Umsetzung der Step-Projekte, die oft mit einer Bürgerbeteiligung einhergingen. Was die von der Verwaltung vorgeschlagene Beschränkung auf zwei Projekte pro Doppelhaushalt angehe, plädiere er für eine flexible Handhabung. Manchmal mache es Sinn, nur zwei Projekte in einem Zeitraum zu machen, manchmal zeichne sich ab, dass mehrere kleinere Projekte, die auch nicht so aufwendig zu bearbeiten sind, von Vorteil sind.

BM Pätzold erläutert, in der Mitteilungsvorlage und der angehängten Projektliste sei der aktuelle Sachstand dargestellt. Manche der Projekte hätten schon eine sehr lange Laufzeit. Die Verwaltung sei gerne flexibel und mache auch mehr Projekte, nur weise insbesondere Referat T darauf hin, dass man dann auch die Kapazitäten brauche, um diese Kleinmaßnahmen umzusetzen. Diese Maßnahmen seien gerade in den dicht besiedelten Innenstadtbezirken sehr wichtig. Auch dort gebe es Nachverdichtung bei einem Mangel an Grün- und Spielflächen, wie es ihn in anderen Stadtbezirken nicht gebe. Aus diesem Grunde sei Bad Cannstatt mit seinem Kernbereich dabei. Eine Ausweitung auf andere Bezirke werde von der Verwaltung nicht befördert. Die Summe für die Stadtbezirke werde dann reduziert werden müssen, was zu einer geringeren Zahl von tatsächlich umgesetzten Projekten führen werde. Er halte für wichtig, noch einmal das Augen-

merk darauf zu richten, um welche Projekte es geht. In den Bezirksbeiräten solle die Liste der Projekte diskutiert werden und es sollten dann Projekte und eine Priorisierung festgelegt werden. Auch müsse überlegt werden, wie die Umsetzung aussieht. Es gebe Projekte, die im Laufe der Jahre plötzlich wieder diskutiert und leicht umgeplant würden, weil sich der Wunsch des Bezirksbeirats an mancher Stelle geändert habe. Die Step sei ein wichtiges Instrument, um Kleinmaßnahmen durchzuführen und gebe den Bezirksbeiräten die Gelegenheit, mit kleinen Maßnahmen viel zu erreichen. Die Verwaltung sei daran interessiert, das Projekt Step fortzuführen, gerne auch flexibel. Weiteres werde sich in den Haushaltsplanberatungen zeigen.

Herr Dr. Oediger ergänzt, den Anlass der heutigen Diskussion habe der Gemeinderat gesetzt, der moniert habe, dass die wertvollen Projekte im Durchschnitt spät, manchmal zu spät umgesetzt werden. Das Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung (ASS) sei gebeten worden, einmal ganz minutiös mit dem Tiefbauamt (TiefbA) und dem Garten-Friedhofs- und Forstamt (GFF) den Bearbeitungsstand durchzugehen und die Konsequenzen aufzuzeigen. Er selbst glaube, dass es weiter das Ziel sein müsse, die Mikroprojekte aus der Step auch wirklich in zwei Jahren umgesetzt zu bekommen. Bei der Betrachtung der Frage, wie das erreicht werden könne, sei eine Möglichkeit die Beschränkung auf zwei Projekte pro Doppelhaushalt, bei gleich bleibendem Handlungsspielraum und gleich bleibendem Finanzvolumen. Die Baukosten seien in den letzten sechs Jahren, seit der letzten Erhöhung der Step, gestiegen. Bei jedem zweiten Projekt werde eine Bürgerbeteiligung durchgeführt. Man wolle die bestehenden Qualitätsanforderungen auch erhalten. Insofern mache eine Anpassung der Finanzmittel von derzeit 3,3 auf 4,4 Mio. € Sinn. Um gewährleisten zu können, dass die Projekte zeitnah umgesetzt werden, sei es notwendig, dass bei den beteiligten Ämtern – TiefbA, GFF und ASS - die Personalausstattung angepasst wird.

Frau Sartorius vom ASS sei derzeit dabei, mit den einzelnen Bezirken die Step-Maßnahmen für 2018/2019 zu erstellen. Die Liste der Projekte sei keine Verwaltungsliste, sondern werde aus den Bezirken, aus der Bürgerschaft und auch aus Ideen der Verwaltung gemeinsam kreiert und letztendlich vom jeweiligen Bezirk auch entsprechend gewichtet und beschlossen. Dieser Prozess solle auch weiter verfolgt werden. Von daher glaube er auch, dass keine abweichende Meinung zum Vorgehen bei der Step bestehe. Man habe nicht das Ziel, der Step ein enges Korsett zu verpassen, sondern habe mit der Vorlage darauf aufmerksam machen wollen, dass eine entsprechende Ressourcenausstattung notwendig ist, um die Step weiter adäquat abwickeln zu können.

StRin Munk bekräftigt nochmals ihre Auffassung, der Sinn der Step liege darin, Kleinmaßnahmen zeitnah umzusetzen. Sie befürchtet, bei nur zwei Projekten pro Doppelhaushalt steige der Druck auf den Bezirksbeirat, bei größeren Projekten Maßnahmen aus der Step mitzufinanzieren.

BM Pätzold erwidert, manchmal entscheide sich der Bezirksbeirat aber auch bewusst dafür, größere Projekte in Teilabschnitten aus der Step anzugehen, zum Beispiel weil ein für den Stadtbezirk wichtiges Projekt im Haushalt nicht berücksichtigt worden ist. Es sei Sache des Bezirksbeirats, wie er mit den Mitteln haushalte.

BVin Kienzle fügt hinzu, eine Kleinmaßnahme wie die Herstellung eines Baumbeets für 20.000 € sei noch keine Maßnahme, die nachhaltig beeindruckt. Dafür brauche es dann

schon eine Platzgestaltung, die in mehreren Etappen und bürgerbegleitet durchgeführt wird.

Auf die Anregung von StR Dr. Schertlen eingehend, der sich vorstellen kann, dass die Bürger "evtl. hier und da selber die Schippe in die Hand nehmen und bei einer Umgestaltung aktiv mitwirken", antwortet BM Pätzold, es gebe bei vielen Projekten die Bürgerbeteiligung, aber nicht die Bürgerarbeit. Das habe auch mit Haftungsfragen zu tun. Erfreulich sei, wenn die Bürger und Bürgerinnen gemeinsam mit dem Bezirksbeirat diese Projekte entwickeln. Noch wichtiger sei dann, dass sie nach einer Umgestaltung die Fläche im Auge behalten und sorgfältig nutzen. Es gebe vielfältige Möglichkeiten, wie sich die Bürgerschaft um den öffentlichen Raum kümmern könne.

Der Vorsitzende stellt abschließend fest:

Der Ausschuss für Umwelt und Technik hat von der GRDRs 282/2017 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Westhaus-Gloël / de

Verteiler:

- I. Referat StU
zur Weiterbehandlung
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung (5)
Baurechtsamt (2)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 3. Referat T
Tiefbauamt (2)
Garten-, Friedhofs- und Forstamt (2)
 4. BVinnen Mitte, Nord, Ost
BV Süd, West
 5. BezA Bad Cannstatt
 6. Rechnungsprüfungsamt
 7. Stadtkämmerei (2)
 8. L/OB-K
 9. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN